

## **100 Prozent Gleichstellung jetzt**

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land der vielfältigen Kulturen und Lebensweisen. In breiten Teilen der Bevölkerung herrschen Toleranz und Respekt. Trotzdem gibt es auch in unserem Land noch Feindseligkeiten gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie trans- oder intersexuelle Menschen. Auch im Wirtschafts- und Arbeitsleben besteht erhebliche Diskriminierungsgefahr. Antihomosexuelle Gewalt ist weiterhin eine massive Bedrohung. Anfeindungen, Beleidigungen, Benachteiligungen, jede Form von Diskriminierung, aber insbesondere die Bedrohung durch Gewalt, sind ein Angriff auf die Freiheit. Eine demokratische Gesellschaft muss das Recht durchsetzen, jederzeit und an jedem Ort ohne Angst anders sein zu können. Trans- und Homophobie haben keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft.

### **Eine Ehe für alle**

Wenn sich zwei Menschen lieben und gemeinsam Verantwortung für sich und gegebenenfalls ihre Kinder übernehmen wollen, darf der Staat nicht nach verschiedengeschlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Paaren differenzieren. Auch eine vollständige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe würde immer noch eine durch nichts gerechtfertigte Diskriminierung bedeuten. Wenn Frauen oder Männer gegenüber fremden Menschen oder staatlichen Institutionen erklären müssen, in einer „Lebenspartnerschaft“ zu leben, sind sie gegenwärtig dazu gezwungen, etwas so höchstpersönliches wie ihre sexuelle Identität offenzulegen. Es besteht kein Grund dafür, bei einer staatlich geschlossenen Ehe nach der sexuellen Ausrichtung zu differenzieren. Dies haben bereits eine ganze Reihe von Staaten, wie zum Beispiel Spanien, die Niederlande, Schweden, Irland und einige Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika, erkannt. In der Gesellschaft hat sich ein grundlegender Wandel des traditionellen Ehe- und Familienverständnisses vollzogen. Die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung befürwortet die Gleichstellung im Eherecht. Dieser gesellschaftliche Respekt sollte sich auch im rechtlichen Kontext widerspiegeln. Es ist falsch, dass die Landesregierung aufgrund der CDU-Blockade die jüngste Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe nicht unterstützen will. Die CDU stößt damit die Menschen vor den Kopf und verkennt die gesellschaftlichen Realitäten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich daher weiterhin für eine Ehe für alle einsetzen!

### **100 Prozent Gleichstellung – 0 Prozent Benachteiligung**

Unser Ziel ist und bleibt es, die Gleichstellung von homo-, bi-, trans- und intersexuellen Menschen in der Gesellschaft voranzubringen und ein Klima des Respekts und der Wertschätzung von Vielfalt im Land kontinuierlich zu schaffen. Ziel muss es sein, 100 Prozent Gleichstellung und 0 Prozent Benachteiligung zu erreichen! Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, die Bundesratsinitiative der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu unterstützen, Diskriminierungen auf Landesebene abzubauen, und homophoben Tendenzen in der Gesellschaft entschieden entgegenzutreten.